

Erst Klärung, dann Planung

Sanierung in Deutz oder Neubau in Bayenthal - offene Fragen zur FH - Verlagerung

Wenige und nur unvollständige Nachrichten im Abwägungsprozess Sanierung des Ingenieur Wissenschaftlichen Zentrums gegen dessen Neubau in Bayenthal beunruhigen die Bevölkerung im rechts- und linksrheinischen Köln. Die meisten für eine Entscheidung in dieser Sache wichtigen, vorher zu beantwortenden Fragen sind noch immer offen:

- Warum werden die in Düsseldorf vorliegenden Gutachten zur Gegenüberstellung der genauen Kostensituation zur Sanierung bzw. zum Neubau der FH-Institute nicht öffentlich gemacht?
- Wurden über Gremiensitzungen der FH in dieser Angelegenheit falsche oder unvollständige Berichte über angeblich einstimmige Entscheidungen für einen Neubau verbreitet?
- Wie verlief die Abstimmung des repräsentativen Senats?
- Wieso ist im IT-Zeitalter, in dem Vernetzungen aller Art nicht mehr vorrangig in benachbarten Gebäuden abgewickelt werden müssen, die räumliche Nähe von IWZ und GWZ plötzlich zwingend nötig?
- Wer hat an dem angeblich so geeigneten linksrheinischen Standort in Bayenthal die Fragen der neuen und zusätzlichen Verkehrsströme für ca. 7000 Menschen untersucht und deren sichere Abwicklung projektiert?
- Wo sollen die in Deutz und Umgebung hinreichend mit preiswertem Wohnraum versorgten Studentinnen und Studenten in Bayenthal zu welchen Preisen wohnen?
- Wie will man aus der Südstadt heraus die zahlreichen Kooperationen der Ingenieure der FH mit der mittelständischen Industrie und anderen nachbarschaftlichen Unternehmungen im rechtsrheinischen weiterführen?
- Welche angemessenen und sicheren Folgenutzungen gäbe es im Falle der Verlegung der FH für das Grundstück in Deutz?
- Welchen städtebaulichen und sozio-ökonomischen Ausgleich gibt es danach für Deutz und die umliegend betroffenen Stadtteile? Und wie wird dieser finanziert?

Die Unterzeichner fragen sich in Zeiten der Finanzkrise außerdem:

Wie können teure Neubauten und der Abriss vorhandener erst jüngst erstellter oder bereits sanierter Bestände ernsthaft betrieben werden, ohne zuvor die Alternative einer umfassenden aber kostengünstigen Sanierung vor Ort ausreichend geprüft zu haben? Und dass ohne die zahlreichen wichtigen Fragen zuvor seriös und belastbar beantwortet und abschließend in der Stadtgesellschaft diskutiert zu haben? Will man während der öffentlichen Aufmerksamkeit für die landesweite Wahl lokale Entscheidungen durch drücken, die auf einem geordneten politischen und Verwaltungswege so nicht durchsetzbar wären?